



Diözese Lausanne, Genf und Freiburg

Bischöfliches Ordinariat, Lausannegasse 86, Postfach 512, CH - 1701 Freiburg

T : +41 26 347 48 50, F : +41 26 347 48 51

E : chancellerie@diocese-lgf.ch, W : <http://www.diocese-lgf.ch>, 

Ein Ja wie ein Nein ist problematisch

Von mehreren Seiten und verschiedentlich fragt man mich, warum die Schweizer Bischöfe nicht vorgeschlagen haben, die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zu unterstützen. In meinem Namen kann ich diese Frage beantworten.

Diese Initiative hat zweifellos ein grosses Verdienst. Sie lädt dazu ein, darüber nachzudenken, was die Banalisierung der Abtreibung und die Behandlung der Schwangerschaft als Krankheit (da von der Krankenkasse bezahlt) bedeuten. Papst Franziskus hat diese Banalisierung der Abtreibung als «Abfallkultur» bezeichnet. Abtreibung ist Ausdruck einer Gesellschaft ohne grosse Hoffnung...

Die Initiative läuft aber darauf hinaus, den Widerstand gegen die Abtreibung zu schwächen, da die Formulierung als Ganzes Schwächen aufweist:

1. Der Titel selbst besagt, dass Abtreibung eine Privatsache ist: Damit wird das häufigste Argument der Verfechter der Abtreibung übernommen (freie Wahl, die allein der Mutter zusteht). Das ist falsch, denn in jedem Fall gibt es mindestens auch ein Kind und einen Vater, ohne von den Grosseltern zu sprechen. Es geht aber nicht nur um den Titel. Im Fall einer Zusatzversicherung, um die Abtreibung zu finanzieren, würde diese lediglich von den Frauen finanziert, als ob der Vater mit der Schwangerschaft nichts zu tun hätte. Ich nehme hier die Frage eines Familienvaters auf : «Wenn meine – jugendliche – Tochter schwanger ist und mir sagt, dass sie abtreiben wolle, dass dies ihre persönliche Angelegenheit ist, dass ich somit nichts zu sagen habe und dass es sich dabei um die von der Kirche unterstützte Position handle, was werde ich ihr da sagen?» Wie sooft bei Polemiken übernimmt man schliesslich unbewusst die Gegenposition. Das ist aber ein sehr kurzfristiger Sieg.
2. Die Initiative stellt nicht in Frage, dass andere Personen eine Abtreibung durchführen, sondern lediglich die Tatsache, sich daran über die eigene Krankenversicherung zu beteiligen. Es handelt sich hier um einen Kompromiss, welcher kurz- und langfristig die Haltung der Verteidiger des Rechts auf Leben schwächt.
3. Die Tatsache, dass man sich mit der Versicherung und den Steuern (was die Mittelverwendung für das Spitalnetz betrifft) am Gesundheitssystem beteiligt, bedeutet nicht, sich an der Abtreibung zu beteiligen. Der Zweck der Versicherung und der Steuern besteht nämlich nicht darin, die Abtreibung zu bewirken, sondern Leben zu retten.

Kurz gesagt: Die Initiative setzt sich für eine schöne Sache mit zum Teil gegensätzlichen Mitteln ein. Deshalb wäre eine Empfehlung im positiven oder negativen Sinne zwiespältig. Ich hoffe, dass die Schwäche der Formulierung kein Eigengoal sein wird...

In diesem Bereich müssen jene, die das Recht auf Leben verteidigen, zuerst versuchen zu überzeugen und auch den Frauen helfen, die zögern abzutreiben, indem ihnen eine dauerhafte Lösung ermöglicht, das Kind anzunehmen und es grosszuziehen. Die Verteidiger des Lebens sollten auch die Folgen der Abtreibung aufzeigen, dies auf der Grundlage der Erfahrung, die man durch langjährige Hilfe an Frauen gemacht hat, die durch eine frühere Abtreibung verletzt sind.

Freiburg, 20. Januar 2014

✠ Charles Morerod, Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg